

Schießstätte: Arealverkauf gestoppt

Minister entscheidet, dass Forstenrieder Gelände in Staatsbesitz bleibt

Die Bürgerinitiative „Keine Schießanlage im Forstenrieder Park“ kann einen Teilerfolg feiern: Bayerns Finanzminister Georg Fahrenschon (CSU) hat die Verhandlungen über den Verkauf des umstrittenen Areals in Forstenried für beendet erklärt. Damit wird das Gelände weder an die Bürgerinitiative noch an den Schützenverein Hubertus veräußert.

Er habe sich angesichts der „kontroversen öffentlichen Diskussion selbst ein Bild von der Situation verschafft“, ließ der Minister wissen. Er sei zu dem Schluss gekommen, dass

das Gelände in Forstenrieder Staatseigentum bleibe, erklärte Fahrenschon weiter.

Der Schützenverein hatte die Absicht gehabt, das Areal zu kaufen und die Schießanlage großzügig zu erweitern, was bei vielen Anwohnern und Politikern für Aufruhr gesorgt hatte. Die Bürgerinitiative, die inzwischen 13 300 Unterschriften gegen das Vorhaben der Schützen gesammelt hat, wollte deshalb ebenfalls das Gelände erwerben, um es „dem Wald zurückzugeben“.

An den rechtlichen Verhältnissen in der bestehenden

Schießstätte ändert sich jedoch nichts: Der Schützenverein Hubertus bleibt Pächter und darf die Sanierung der Anlage beantragen. Noch im Januar soll ein geänderter Bauantrag beim städtischen Referat für Gesundheit und Umwelt eingereicht werden.

Es gebe jetzt jedoch noch ungeklärte Fragen, die sich auf eine Verlängerung des Ende 2014 auslaufenden Pachtvertrages des Vereins Hubertus beziehen, erklärte Jörg Schneider, Sprecher der Bürgerinitiative am Donnerstag. wö